

Natalia Narochnitskaia:

Russia in the New Geopolitical Context

International Affairs. A Russian Journal of World Politics, Diplomacy and International Relations, Jg. 50, Nr. 1 (2004), S. 60–73

Diesem Titel wird Natalia Narochnitskaia nur zu Beginn und am Ende ihres Beitrages gerecht. Sie betont, dass sich die geopolitische Situation Russlands durch sein Quasi-Verschwinden aus dem Ostsee-Raum (lediglich die Enklave Königsberg ist noch vorhanden), die NATO-Osterweiterung, den unsicheren Zustand Weißrusslands (Tor nach Mitteleuropa), den Verlust wichtiger Gebiete am Schwarzen Meer und den Verlust von Einfluss in Zentralasien seit der Auflösung der Sowjetunion sehr zum Nachteil der Föderation entwickelt hat. Vor allem das Zurückdrängen des russischen Einflusses aus der so genannten „Energieellipse“ des Mittleren Ostens und Zentralasiens durch das amerikanische Engagement im Irak, in Afghanistan und in Georgien sieht die Autorin mit Sorge.

Die USA seien weiterhin ein latenter Rivale, jedoch sollte Russland gegenüber den USA eine flexible und nicht zu offensive Politik an den Tag legen, da die Verwirklichung vieler russischer Interessen der Koordination und Absprache mit den Vereinigten Staaten bedürfen. Insoweit sollte Russland eine Brückenposition zwischen den USA und anderen kommenden Großmächten, vor allem China, später vielleicht Indien, einnehmen und je nach Region und Interesse unterschiedliche Kooperationen forcieren. Europa (im Sinne der GASP/ESVP der EU) wird von ihr nicht weiter ernst genommen, da es sich dabei lediglich um eine introvertierte, handlungsunfähige und von abstrakten Normen getriebene Organisation handelt, die repräsentiert durch unprofessionelle linksliberale Politiker lediglich den Erhalt ihrer wohlfahrtsstaatlichen Strukturen (the requirements of primitive individuals) im Sinn hat.

Neben dieser nüchternen geopolitischen Analyse widmet sich Narochnitskaia jedoch allzu lange der Universalismusdebatte, wie sie im Westen in den neunziger Jahren geführt wurde. Demnach stand der Kalte Krieg im Zeichen der abstrakt universalistischen Ideologien des Kommunismus und des Liberalismus. Der Niedergang des Kommunismus eröffnet nun wieder die Möglichkeit, Weltpolitik frei von ideologischen Zwängen auf Basis interessensgeleitet handelnder souveräner Staaten zu betreiben. Jedoch werde diese Entwicklung durch die universalistische amerikanische Politik gefährdet, die angeblich versucht, Demokratie, Global Governance und liberale Gesellschaftsordnungen global durchzusetzen. Humanitäre Intervention, also das Eingreifen in die äußere Souveränität der Staaten, um abstrakte westliche Normen (Menschenrechte) durchzusetzen, sei ein beklagenswerter Schritt in diese Richtung. Vermischt wird diese Argumentation mit zahlreichen antiamerikanistischen Vorurteilen, etwa dass die USA den tschetschenischen Terror schüren, um Russlands Ressourcen zu binden, oder dass die USA ihre Asien- und Europapolitik auf eine Isolierung Russlands ausrichten.

Diese Debatte kommt zehn Jahre zu spät, denn die Universalismusdebatte ist in den USA (entgegen gewissen Vorurteilen) mit der Wahl George W. Bushs zugunsten objektiver, interessensgeleiteter Machtpolitik und zugunsten universalistischer Weltverbesserungsvorstellungen ausgegangen. (Freilich muss man manche aus innenpolitischen Gründen angeschlagene Rhetorik überhören.) Interventionen ohne ein ausdrückliches UN-Mandat durchzuführen, ist auch kein Schritt in Richtung Global Governance.

Russlands Machtverlust ist in erster Linie hausgemacht und nicht Folge amerikanischer Ausgrenzungs- und Eindämmungspolitik. Hier überschätzt die Autorin wohl Russlands Gewicht im aktuellen Staatensystem.

Gustav Gressel